Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2976**

16. Wahlperiode 18. 10. 2006

Antrag

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, Dr. Uschi Eid, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Menschenrechte in Zentralasien stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die fünf Staaten Zentralasiens Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan haben für Europa eine besondere Bedeutung. Sie spielen nicht nur im Zusammenhang mit Fragen von Sicherheit, Energie und der Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel und Epidemien eine wichtige Rolle; Instabilität und Konflikte in Zentralasien haben nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf Europa und beeinträchtigen nicht zuletzt die Wiederaufbauversuche der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan. Menschenrechten kommt in der Entwicklung der Region eine Schlüsselfunktion zu – ihre mangelnde Geltung und Umsetzung vergrößert das vorhandene Potential für Instabilität und hemmt Fortschritte in den Bereichen Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung. Darüber hinaus sind alle fünf zentralasiatischen Staaten mit massiven Wirtschafts- sowie ökologischen und sozialen Problemen konfrontiert. Die unverhältnismäßigen und wahllosen Reaktionen der usbekischen Regierung auf die Unruhen von Andijan im Mai 2005 haben deutlich gemacht, mit was für verheerenden Folgen für die gesamte Region diese Probleme eskalieren können.

2. Die Europäische Union (EU) hat bisher zuwenig Interesse an Zentralasien gezeigt. So hat sie sich in der Vergangenheit mit eher bescheidenen finanziellen Mitteln und unzureichender personeller Ausstattung insbesondere in Projekten engagiert, die einen regionalen statt länderspezifischen Ansatz verfolgten. Angesichts der mangelnden Kooperationsbereitschaft der fünf Staaten untereinander ist ein solcher Ansatz allerdings noch nicht Erfolg versprechend.

   Die EU ist mit ihren Werten, Institutionen und Programmen in Zentralasien nicht hinreichend sichtbar und bekannt. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit spielen in den Agenden der jeweiligen Projekte keine ausreichend zentrale Rolle. Stattdessen hat die EU sich damit beschäftigt, Turkmenistan und seiner diktatorischen Regierung Angebote zur engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu unterbreiten. In der Zusammenarbeit mit allen fünf Staaten wird wirtschaftliche Kooperation nicht zusammengeführt mit Menschenrechtsdialogen und der Förderung des Aufbaus rechtsstaatlicher Institutionen. Menschenrechtsförderung wurde und wird hauptsächlich der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) überlassen. Dabei könnte die EU gerade auch in den sensiblen Berei-

chen eines Konzepts umfassender Sicherheit – wie den Menschenrechten – eine wichtige Rolle in der Region spielen. Nach wie vor wird sie als glaubwürdiger und unparteiischer wahrgenommen als die USA, Russland oder China.

Deutschland ist als einziger EU-Partner in allen fünf zentralasiatischen Staaten mit Botschaften präsent. Die meisten EU-Partner beschränken sich darauf, die Entwicklung in Zentralasien von der Hauptstadt oder über die Botschaft Moskau zu verfolgen. Bereits seit Mitte 2006 übt Deutschland in allen fünf zentralasiatischen Staaten die EU-Ratspräsidentschaft vor Ort aus.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zusammen mit dem EU-Sonderbeauftragten die Verabschiedung einer Zentralasienstrategie plant. Dabei müssen Menschenrechtsfragen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein zentrales Thema sein, und es müssen dazu konkrete Programme mit inhaltlichen und zeitlichen Zielvereinbarungen entwickelt werden, damit es nicht bei wohlklingenden Absichtserklärungen bleibt. Neben dem Aufbau von Institutionen und dem Kampf gegen Korruption geht es vor allem darum, die unabhängige Zivilgesellschaft zu stärken und Medienfreiheit zu verankern. Strategisch und konzeptionell muss ein stärkeres Engagement der EU mit Aktivitäten anderer Akteure vor Ort, d. h. insbesondere auch mit der OSZE verzahnt werden.

3. Unmittelbar nach der Auflösung der Sowjetunion im Januar 1992 wurden die fünf zentralasiatischen Staaten in die OSZE aufgenommen. Die OSZE ist damit eine Brücke gerade auch zwischen der EU und Zentralasien. Sie verfolgt einen umfassenden und kooperativen Ansatz zu Sicherheitsfragen und bietet ein Forum für Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten in allen schwierigen Fragen der politisch-militärischen Dimension, Wirtschaft, Umwelt und der menschlichen Dimension. Mit den politischen Gremien der Staaten, unabhängigen Institutionen, Feldmissionen und Foren für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist die OSZE ein wertvolles Instrument für Frühwarnung und Konfliktverhütung, für das Setzen und die Umsetzung gemeinsamer Standards und für die Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Prozesse. Angesichts der desolaten Lage der Menschenrechte in zahlreichen OSZE-Teilnehmerstaaten kommt der Arbeit der OSZE in der menschlichen Dimension unverändert zentrale Bedeutung zu. Zwar haben alle Teilnehmerstaaten einen beeindruckenden acquis von OSZE-Mindeststandards in den einzelnen Bereichen der menschlichen Dimension unterschrieben. Diese Standards werden aber in der Praxis nicht implementiert.

   Auch in allen fünf zentralasiatischen Staaten steht die OSZE vor immensen Herausforderungen. Mit ihren OSZE-Zentren in Almaty/Astana, Aschgabat, Bischkek, Duschanbe und Taschkent verfügt die OSZE über ein einzigartiges Potential für Aktivitäten in unmittelbarer Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort. Dieses Potential wird aber nicht ausgeschöpft. Das OSZE-Zentrum in Aschgabat ist seit Jahren kaum mehr arbeitsfähig. Das OSZE-Zentrum in Taschkent wurde auf Druck der usbekischen Regierung reduziert auf einen Projektkoordinator. Kirgisistan hat bereits angekündigt, die Frage der Verlängerung eines umfassenden Mandats des Zentrums in diesem Jahr erneut prüfen zu wollen.

   Im September 2004 haben Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan den von der Russischen Föderation initiierten „Astana Appell von GUS Staaten an OSZE Partner“ mit gezeichnet. Dieser Appell wendet sich gegen die wertvolle Arbeit der OSZE in der menschlichen Dimension und stellt den Fortbestand unabhängiger OSZE-Wahlbeobachtung in Frage. Auf den OSZE-Ministerräten 2004 in Sofia und 2005 in Lubljana hat die russische Delegation diese Forderungen mit Vehemenz weiterverfolgt. Erklärtes

politisches Ziel der russischen OSZE-Delegation ist es dabei, vor allem dem unabhängigen OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) Zügel und Maulkorb anzulegen. Dies würde das Ende für unabhängige Wahlbeobachtung und für unabhängige institutionelle Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen in der OSZE-Region allgemein bedeuten.

Auch der OSZE-Ministerrat im Dezember dieses Jahres in Brüssel wird von schwierigsten Verhandlungen zur Wahlbeobachtung und Menschenrechtsarbeit in der OSZE geprägt sein. Könnte die OSZE ihre unabhängige Arbeit in der menschlichen Dimension nicht mehr fortsetzen, wäre dies ein Schlag nicht zuletzt gegen den Aufbau von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Respekt für Menschenrechte in Zentralasien.

4. Kasachstan bewirbt sich um den OSZE-Vorsitz für das Jahr 2009. Die Entscheidung über den Vorsitz fällt der Ministerrat der 56 Teilnehmerstaaten der OSZE im Dezember 2006 in Brüssel. Alle 56 Teilnehmerstaaten, auch Deutschland, müssten im Konsens für einen kasachischen OSZE-Vorsitz stimmen. Obwohl Kasachstan in einigen Bereichen Fortschritte gemacht hat, etwa mit der Ratifizierung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte im Januar 2006 oder mit der Erklärung einer freiwilligen vollständigen nuklearen Abrüstung, ist die Menschenrechtssituation im Land weiterhin besorgniserregend. Die OSZE hat keine Wahl in Kasachstan bisher als frei und fair beurteilt. Die Morde an den Oppositionsführern Altynbek Sarsenbaiuly im Februar 2006 und Zamanbek Nurkadilov im November 2005 sind weiterhin ungeklärt. Sämtliche Fernsehkanäle sowie fast alle Zeitungen sind in den Händen von regierungsnahen Personen, darunter die Tochter des Präsidenten Nursultan Nazarbayev. Ende August 2006 forderten kasachische Aktivisten die EU und OSZE auf, den Kulturminister Ermukhamet Ertysbaev zur „persona non grata“ zu erklären, nachdem restriktive Reformen des Medienrechts verabschiedet worden waren. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind massiv eingeschränkt. Oppositionspolitiker wurden daran gehindert, das Land zu verlassen und Oppositionsparteien haben große Probleme, sich registrieren zu lassen. Sicherheitsgesetze sind erlassen worden, die ein hartes Eingreifen der Polizei auch gegenüber friedlich Demonstrierenden erlauben.

   Der OSZE-Vorsitz ist eine Führungsrolle im Rahmen der Organisation mit Verantwortung und Authorität. Das Land, das den Vorsitz innehat, sollte die Werte und Verpflichtungen der OSZE repräsentieren. Angesichts der aktuellen Krise der OSZE und der destruktiven Haltung der russischen Delegation ist es deshalb um so wichtiger, dass gerade auch Mitgliedstaaten „östlich von Wien“ sich vom Astana Appell distanzieren, Verantwortung für die OSZE und den wertvollen acquis von OSZE-Standards übernehmen und sich in entscheidenden Funktionen für die Implementierung dieses acquis in allen OSZE-Teilnehmerstaaten engagieren, auch in Zentralasien.

   Kasachstan muss jetzt zeigen, dass es zur Übernahme solcher Verantwortung bereit und in der Lage ist. Breite politische Reformen in Kasachstan sind dafür notwendig, die politische und bürgerliche Rechte garantieren. Die Verschärfungen des Presserechts müssen zurück genommen werden, Versammlungsfreiheit muss gewährleistet und das Wahlrecht mit den OSZE-Standards in Übereinstimmung gebracht werden. Eine politische Verfolgung von Opposition und Menschenrechtsverteidigern kann nicht akzeptiert werden. Neben sichtbaren nationalen Fortschritten in der Umsetzung der OSZE-Standards müsste Kasachstan auch zeigen, das es bereit und in der Lage ist, in der OSZE eine aktive Rolle zur Beförderung des wertvollen OSZE acquis zu spielen. In den Verhandlungen über die Grundsatztexte des OSZE-Ministerrates in Brüssel könnte Kasachstan dies zeitnah und konkret unter Beweis stellen und sich

für den Fortbestand und die Stärkung unabhängiger Wahlbeobachtung, unabhängiger Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. In der Debatte um die Reform der OSZE könnte sich Kasachstan dafür einsetzen, die Funktion der OSZE als Frühwarnsystem und Instrument der Konfliktverhütung weiter auszubauen, indem die Rolle unabhängiger Zivilgesellschaft in der Arbeit der OSZE vertieft und erweitert wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft darauf hinzuwirken, dass die EU mehr Geld und eine personelle Aufstockung für Delegationen und Projekte in Zentralasien allgemein bereit stellt,
2. im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft dafür Sorge zu tragen, dass EU-Projekte weniger regional, sondern länderspezifischer angelegt sind, bis die Kooperationsbereitschaft der zentralasiatischen Länder untereinander stärker geworden ist, und parallel dazu regionale Kooperation in Zentralasien durch spezifische Projekte der EU zu fördern,
3. auf mehr Sichtbarkeit der EU und ihrer Werte, Institutionen und Programme in Zentralasien durch eine verstärkte Informationsarbeit in den Ländern zu drängen,
4. eine engere Zusammenarbeit zwischen Brüssel und dem EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien zu befördern und sich für eine engere Zusammenarbeit des Sonderbeauftragten auch mit den OSZE-Institutionen und Feldmissionen einzusetzen,
5. darauf hinzuwirken, dass die EU Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ins Zentrum aller Dialogbemühungen und Verhandlungen mit den zentralasiatischen Staaten setzt,
6. im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft die Entwicklung von EU-Projekten zur Menschenrechtsförderung in Zentralasien voran zu treiben,
7. darauf zu drängen, dass die EU solange keine engeren wirtschaftlichen Verbindungen mit Turkmenistan eingeht, bis sich die Menschenrechtslage im Land massiv verbessert hat,
8. sich im Rahmen der EU für eine verstärkte Möglichkeit des Studiums zentralasiatischer Studentinnen und Studenten an europäischen Hochschulen einzusetzen,
9. anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft den bereits 2005 angekündigten Menschenrechtsdialog mit Usbekistan mit Leben zu füllen und konkrete inhaltliche und zeitliche Zielvereinbarungen mit Usbekistan festzulegen,
10. sich mit Nachdruck für EU-Projekte zur Förderung von Presse- und Meinungsfreiheit in den zentralasiatischen Ländern einzubringen,
11. sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft verstärkt für den Flüchtlingsschutz in der Region einzusetzen, den zentralasiatischen Ländern gegenüber auf die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonventionen zu bestehen und die Arbeit des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Region zu unterstützen,
12. darauf hinzuwirken, dass die EU verstärkt Projekte zur Förderung des öffentlichen Gesundheitssektors in der Region durchführt,
13. über ein europäisches Zentralasienkonzept hinaus auch eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Weltbank in Menschenrechtsfragen in Zentralasien zu unterstützen,

14. sich im Rahmen der OSZE für Projekte einzusetzen, die die Zivilgesellschaft in Zentralasien über die OSZE-Standards und Verpflichtungen aller Teilnehmerstaaten für Menschenrechtsschutz informieren,
15. die Arbeit des OSZE-Medienbeauftragten in Zentralasien zu unterstützen und den Zyklus der OSZE-Medienkonferenzen in Zentralasien weiter zu fördern,
16. die Arbeit des OSZE-Hochkommissars für Minderheiten in Zentralasien zu stärken und Projekte wie im Ferghana-Tal weiter zu unterstützen,
17. die Teilnahme von Menschenrechtsverteidigern aus Zentralasien an dem jährlichen Implementierungstreffen der OSZE in der menschlichen Dimension stärker zu fördern,
18. im Rahmen der OSZE-Reformdebatte sich dafür einzusetzen, die Rolle der Zivilgesellschaft in der OSZE für die Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen weiter auszubauen und Gremien von Staatenvertretern in Wien für Nichtregierungsorganisationen zu öffnen,
19. sich in den Haushaltsverhandlungen der OSZE dafür einzusetzen, dass Aktivitäten der OSZE-Zentren in Zentralasien in der menschlichen Dimension nicht gekürzt, sondern ausgebaut werden, mit Schwerpunkten auf Unterstützung unabhängiger Zivilgesellschaft, Demokratieförderung, Förderung von Pressefreiheit und dem Aufbau unabhängiger Justiz,
20. in den Verhandlungen um die Verlängerung der Mandate der OSZE-Zentren in Zentralasien gegenüber Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan darauf zu drängen, einem umfassenden Mandat auch in der menschlichen Dimension zuzustimmen,
21. im Rahmen der OSZE und der Diskussion um einen Vorsitz Kasachstans darauf zu drängen, dass Kasachstan massive Verbesserungen seiner Menschenrechtssituation vorantreibt und sich in der gesamten OSZE für eine Stärkung der menschlichen Dimension einsetzt,
22. im Rahmen der OSZE darauf hinzuwirken, dass Kasachstan zur Vorlage eines Programmpapiers für einen kasachischen OSZE-Vorsitz aufgefordert wird, das auch in der menschlichen Dimension überzeugt,
23. in den Verhandlungen der OSZE-Teilnehmerstaaten über den ODIHR-Haushalt gegenüber Kasachstan darauf zu drängen, dass Kasachstan einer Stärkung von ODIHR, insbesondere auch deren Abteilung für Wahlbeobachtung, zustimmt.

Berlin, den 18. Oktober 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333